

Journalisten zwischen den Fronten

Tibetische Flüchtlinge in Nepal werden zum Bauernopfer der Regierung

Ali Al-Nasani

Nur zu bereitwillig beugt sich die Regierung in Kathmandu dem Druck Chinas, wenn es um die Tibetfrage geht. Meinungs- und Pressefreiheit werden dadurch massiv beschnitten.

Als der chinesische Premierminister Wen Jiabao im Januar 2012 Nepal besuchte, wurde im gemeinsamen Abschlussdokument ausdrücklich betont, dass Nepal die nationale Einheit und territoriale Integrität Chinas unterstützt und jedwede antichinesische oder separatistische Aktivität unterbindet. Die Stoßrichtung dieser Erklärung

war klar: Die exiltibetischen Aktivitäten in Nepal sind Peking schon immer ein Dorn im Auge gewesen. Und Nepal als kleiner und armer Himalayastaat ist auf das Wohlwollen seiner übermächtigen Nachbarn China und Indien angewiesen. Chinas Wirtschafts- und Entwicklungshilfe ist an die Zusammenarbeit Nepals in Bezug auf die tibetischen Flüchtlinge gekoppelt. In einer Art „Betondiplomatie“ baut China weltweit in Entwicklungsländern Straßen, Brücken, Flughäfen, Staudämme oder Kraftwerke und erwartet im Gegenzug Unterstützung auf der internationalen Bühne, wenn es zum Beispiel in der UNO um kritische Abstimmungen geht, oder wenn Chinas Sicherheitsinteressen tangiert scheinen. Heute bestreitet niemand mehr ernsthaft, dass

China ganz gezielt seine Handelspartner und Nachbarstaaten unter Druck setzt, um sie auf die „Ein-China“-Politik einzuschwören und jedwede oppositionelle Stimme zum Schweigen zu bringen.

Erschwerter Transit ...

Zu Tausenden kamen in der Vergangenheit tibetische Flüchtlinge über die Himalayapässe nach Nepal, um der Repression der chinesischen Zentralregierung zu entkommen. Sie erhielten in Nepal Flüchtlingspapiere und konnten nach Indien weiterreisen, wo sie Asylstatus bekamen. Hier residiert auch ihr geistliches Oberhaupt, der Dalai Lama. Dieser wird von China als Terrorist und Separatist dargestellt und in die Nähe von Osama bin Laden gerückt. Er gilt in China als Inbegriff des Bösen, wenn es um die Tibetfrage geht.

... und Flüchtlinge ohne Papiere

Doch inzwischen können die Flüchtlinge auch in Nepal nicht mehr unbeschwert leben. 1994 stoppte die nepalische Regierung die Ausstellung von Flüchtlingspapieren. Das steigende wirtschafts- und sicherheitspolitische Engagement Chinas im südlichen Nachbarland ging einher mit einer zunehmenden Repression gegen die tibetische Minderheit durch die nepalische Regierung. Der lange Arm Chinas reicht weit bis nach Nepal hinein und sorgt dafür, dass Demons-



Tibetischer Junge spielt mit Gebetsmühlen in der Flüchtlingsiedlung Delekling in Chialsa, Solo Khumbu, Nepal.

Bild: Erik Törner bei flickr.com (CC BY-NC-SA 2.0)

trationen verboten werden. Religiöse Festivitäten dürfen nur im privaten Rahmen abgehalten werden. Vor tibetischen Feiertagen werden tibetisch aussehende Menschen willkürlich von der Polizei kontrolliert. Sie werden aus Bussen herausgeholt, ihnen wird die Fahrt zur Arbeit verboten, sie werden auf Polizeistationen vorgeladen und zu Verhören einbestellt. Regelmäßig werden Zusammenkünfte tibetischer Exilorganisationen von der Zivilpolizei beobachtet. Als in 2008 anlässlich der Olympischen Spiele in Peking Unruhen in Tibet ausbrachen, wurden in Nepal – von der internationalen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt – 8000 tibetische Flüchtlinge verhaftet, um Solidaritätsaktionen zu verhindern. Die nepalische Regierung machte sich bereitwillig zum Erfüllungsgehilfen für chinesische Interessen.

Der verlängerte Arm chinesischer Repression

Nepalische Behörden üben auch Druck aus, damit tibetische Klagen vor Gericht erfolglos bleiben. So wurde zum Beispiel der Name von Hari Phuyel, der Asylverfahren tibetischer Flüchtlinge begleitet, in der Presse mit antichinesischen Aktivitäten in Verbindung gebracht. Auch Govinda Bhandi, der einige Fälle tibetischer Flüchtlinge bis vor das Oberste Gericht durchgeföhrt hatte, bekam Repressionen zu spüren. Auf Nachfrage machten nepalische Sicherheitsbehörden keinen Hehl aus ihren engen Beziehungen zu China.

Selbst der Parlamentsabgeordnete Siddharta Gautam geriet ins Visier der Sicherheitsbehörden. Aufgrund seiner pro-tibetischen Aktivitäten erhielt er Drohungen auf seinem Mobiltelefon und bei sich zu Hause, die sich gegen ihn selbst, aber auch gegen seine Familie richteten.

Der Journalist Yubaraj Ghimire macht dafür indirekt die chinesische Regierung verantwortlich. Der Experte für

nepalisch-chinesische Beziehungen geht davon aus, dass Peking ganz gezielt Artikel in der nepalischen Presse lanciert, die exiltibetische Aktivitäten als nationale Bedrohung darstellen.

Mediale Gleichschaltung

Kai Müller von der *International Campaign for Tibet* findet deutliche Worte: „Die Artikel in der nepalischen Presse lesen sich oft eher als Verschwörungstheorie denn als neue Reportage. Dazu gehören zum Beispiel die Gerüchte, dass die frühere US-Botschafterin Nancy Powell Guerilla-Aktivitäten gegen China unterstützte, als sie zu einem Besuch in der Region Mustang unterwegs war.“

Aufgrund der überwiegend negativen Darstellung der tibetischen Minderheit in Nepals Presse entscheiden sich viele Nichtregierungsorganisationen gegen ein Engagement für die Angehörigen der Minderheit. Seit der erzwungenen Schließung des *Office of Tibet* und des *Tibetan Welfare Centre* im Jahre 2005 bleiben viele tibetische Flüchtlinge ohne die nötige Gesundheitsversorgung und Ausbildung. „Uns liegen Informationen vor, dass in 2008 in der nepalischen Presse gezielt Falschmeldungen über Waffen in tibetischen Klöstern gestreut wurden“, so Kai Müller. Die anschließenden Razzien in den Klöstern blieben ergebnislos, reichten aber aus, um die tibetische Gemeinde erneut zu diskreditieren.

Im Juli 2014 vereinbarten die nepalische Presseagentur RSS und die chinesische Nachrichtenagentur *Xinhua* eine verstärkte Kooperation. Was sich die RSS von der staatlich gelenkten *Xinhua* verspricht ist klar: Es geht um finanzielle Unterstützung, die von China nach Nepal fließt. Auch auf diese Weise nimmt China Einfluss auf Nepals Presse. Dabei gilt die nepalische Pressefreiheit ohnehin als bedroht: Auf der Skala von Reporter ohne Grenzen landet Nepal nur auf Platz 120. Dabei kommt zum Druck

aus China auch die Einflussnahme durch Indien hinzu. Sollte die nepalische Presse zu indienkritisch werden, unterbleiben kurzerhand die Papierlieferungen aus dem indischen Kolkata, sodass nepalische Zeitungen nicht erscheinen können.

Doch nicht nur Nepals Printpresse ist zur Zielscheibe äußeren Drucks geworden; Internetaktivisten haben nachgewiesen, dass von China aus gezielt tibetische Webseiten in Nepal attackiert wurden.

Gemäß ihrer eigenen Gesetzesregelungen und aufgrund ihrer internationalen Verpflichtungen muss die nepalische Regierung das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf Versammlungsfreiheit und das Demonstrationsrecht garantieren. Einschränkungen dürfen sich nur im gesetzlichen Rahmen bewegen und müssen vorübergehender Natur sein. Restriktionen aufgrund vager „antichinesischer“ oder „separatistischer“ Aktivitäten entbehren jeglicher menschenrechtlicher Grundlagen.

Kürzlich hat die chinesische Regierung Hilfe bei der Ausarbeitung der neuen nepalischen Verfassung angeboten. Und auch die neue indische Regierung hat ein verstärktes Engagement in Nepal angekündigt. Die Innenpolitik des Himalayastaats wird also auch in Zukunft Spielball der beiden Großmächte im Norden und Süden des Landes bleiben. Für die tibetische Minderheit bedeutet dies nichts Gutes.

Zum Autor

Ali Al-Nasani ist Menschenrechtsjournalist und lebt seit April 2013 in Asien. Zuvor hat er im Europaparlament und im Deutschen Bundestag sowie bei *Amnesty International* zu Menschenrechtsthemen gearbeitet.